

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 63. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 242

Mittwoch, den 16. Oktober 1918

13. Jahrgang

Die neue Wilsonnote.

Unerfüllbare englische Forderungen. Die Antwort der deutschen Regierung. Der Reichstag vertagt. Die Kanzlerkrise beseitigt. Eine bayrische Kundgebung für den Reichsgedanken. Die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn. Säherung in Böhmen. Die Ereignisse in Polen.

Die Antwort Wilsons auf die deutsche Note vom 12. Oktober.

Einwendungen, Ausflüchte und unerfüllbare Forderungen des Präsidenten.

Washington, 14. Oktober 1918. (Reuter.)

Der Staatssekretär hat heute Nachmittag dem Interkontinentalen Geschäftsträger der Schweiz und Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note bekanntgegeben:

Staatsdepartementschef, 14. Oktober 1918.

Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Uebermittlung folgender Antwort zu ersuchen. Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des Reichstags berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 9. und 12. Oktober 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherungen und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten im Felde schafft. Er hat das Vertrauen, daß er auch sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird. Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegsführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in die Erwägung zu ziehen, solange die Streikkräfte Deutschlands fortfahren, die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren.

Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierdampfer zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen die Passagiere und die Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich einen Weg mutwilliger Herfindung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebote der zivilisierten Kriegsführung betrachtet wurde.

Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind an allem, was sie erleiden, oft sogar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und Verwüstungen fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht und Schrecken und empörten Herzen hindrücken. Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht (to the language and plain intent) einer der

Friedensbedingung lenkt, welche die deutsche Regierung mit angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli dieses Jahres in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt: Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall die für sich geheim und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt führen kann oder wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu tatsächlichen Unvermögen und (folgt eine Telegrammverkümmelung). Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat, (controlled) ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Frieden durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden kann. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen ungetrübt wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die R. und R. Regierung von Oesterreich-Ungarn absenden. Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung. Robert Lansing.

Diese Antwort kommt einer schroffen Ablehnung unseres Friedensangebots gleich. Wilson will also keinerlei Verständigung über die Räumung der von uns besetzten Gebiete und die Bedingungen des Waffenstillstandes, sondern er will die Entscheidung darüber allein den militärischen Ratgebern der Entente vorbehalten wissen. Mit anderen Worten: er verlangt die bedingungslose Unterwerfung Deutschlands, die Kapitulation des deutschen Heeres. Ja er geht sogar so weit, daß er als Voraussetzung eines Waffenstillstandes Bürgschaften für die Aufrechterhaltung der militärischen Ueberlegenheit der Entente fordert. Was er unter einem Eingreifen des deutschen Volkes verstanden wissen will, ist nicht rund heraus gesagt, es geht aber aus dem Schlusssatz hervor, wonach „die Macht, die bisher das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, vernichtet oder bis zur tatsächlichen Ohnmacht herabgemindert“ werden soll. Also Revolution, Sturz der Monarchie! Ein Deutschland, das sich selbst gestillt, wie Rußland, und wehrlos zur Beute seiner Feinde wird. Das ist des Pudels Kern.

Nun wissen wir wenigstens, woran wir sind. Auf dem von Wilson gewünschten Wege befinden wir uns bereits und die ersten Schritte sind ja schon getan. Aber wir wollen diesen Weg, der zum sicheren Untergang führt, nicht weiter gehen. Jetzt gilt es, alle Kräfte zusammenzuraffen und das deutsche Volk zur nationalen Verteidigung aufzurufen.

Das gesamte deutsche Vaterland ist in Gefahr!

Verchiebung der nächsten Reichstags-Sitzung.

Der Vizepräsident des Reichstages beschloß in seiner gestrigen Sitzung, die für Mittwoch festgesetzte Sitzung des Reichstages ausfallen zu lassen. Die Unberaumung des Zeitpunktes der nächsten Sitzung wird dem Präsidenten überlassen.

Englische Stimmen zur deutschen Note.

Der Londoner Korrespondent des „New York Herald“ meldet: Man erhält aus den Londoner Blättern den Eindruck, daß die öffentliche Meinung gegen die Bewilligung eines mit einer einfachen Räumung gepaarten Waffenstillstandes ist. Man ist der Ueberzeugung, daß doch es in seiner Hand hat, Deutschland zur Uebergabe zu zwingen und daß man ihn vor den Kopf stoßen würde, wenn man sich mit weniger begnügen würde.

Die „Times“ schreibt:

Deutschlands Vorschlag, eine gemischte Kommission einzusetzen, sei keine Annahme der Forderung Wilsons. Soly habe in Ausdrücken geantwortet, die nicht aufrichtig seien. Die Deutschen wänschte n Zeit

zu gewinnen, um ihre Armeen wieder zu ihrem Kommen zu lassen. Die Alliierten müßten fest aneinander geschlossen bleiben, während Wilson jetzt die offenherzige Antwort vorbereite, die man von ihm erwarten könne.

„Daily Mail“ schreibt:

Die deutsche Antwort bedeutet keine Annahme der Bedingungen Wilsons. Sie sei nur eine unaufrichtige Erklärung, daß diese angenommen worden seien. Der Waffenstillstand würde keine Unterwerfung oder Uebergabe der deutschen Armeen bedeuten, sondern nur, daß doch den Deutschen erlaube würde, den Schwierigkeiten, in denen sie sich jetzt befinden, unter dem Vorwande zu entrinnen, daß sie das französische und belgische Gebiet räumen wollen.

„Manchester Guardian“ schreibt:

Deutschland hat sich ergeben. Das ist die unerröckbare Bedeutung der deutschen Antwort. Der Friede mag vielleicht noch nicht unmittelbar bevorstehen, aber die allgemeine Grundlage dafür ist abgesteckt und angenommen. Für den Waffenstillstand würden die Alliierten, weil sie dem Feinde damit gestatten würden, sich aus einer gefährlichen Lage in Sicherheit zu bringen, eine Vergütung haben müssen. Die beste Garantie wäre eine zeitweilige Besetzung von Essen und die Räumung von Elsaß-Lothringen, das dann vielleicht vorläufig von einem neutralen Lande besetzt werden könnte. Außerdem müßten die Transportschiffe und andere Schiffe vor Angriffen gesichert werden. Der Untereseebootkrieg müßte für immer aufhören. Die Waffenerlieferung der deutschen U-Boote müßte ebenfalls eine unmittelbare Garantie dafür sein.

Hierzu sei bemerkt, daß der „Manchester Guardian“ immer als ein der maßvollsten englischen Blätter gegolten hat, das auch immer für „Verständigung“ eintrat. Heute wissen wir, wie diese englische Verständigung aussehen würde.

Der Parlamentskorrespondent der „Daily News“ erzählt von maßgebender Seite, daß die alliierten Regierungen sich bei der Beantwortung der beiden Fragen, ob es möglich sei, den von Deutschland verlangten Waffenstillstand zu gewähren, und unter welchen Bedingungen er gewährt werden würde, an den Rat der militärischen Befehlshaber im Felde halten werden. Was die Bedingungen betreffe, unter denen der Waffenstillstand zugestanden werden könne, so sei man der Ansicht, daß sie zunächst die Sicherheit der alliierten Armeen und ihrer zukünftigen Erfolge für den Fall der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verbürgen müßten. Die Bedingungen müßten so sein, daß die alliierten Truppen nicht in Gefahr geraten würden. Die Frage, ob die deutschen Truppen auch Elsaß-Lothringen räumen müßten, werde, wie man in ministeriellen Kreisen annehme, bei der Waffenstillstandsfrage ebenfalls vorgebracht und nach diesen Gesichtspunkten entschieden werden. Die englische Regierung betrachte den deutschen Vorschlag zur Errichtung einer gemischten Kommission als unerwünscht und unausführbar. Die englische Regierung und das Britische Reich würden nicht zögern, die Zukunft der deutschen Kolonien zum Gegenstand der Beratungen der Friedenskonferenz zu machen. Bezüglich des Grundlages der Selbstbestimmung und freien Wahl der Völker hätten sie unerschütterlich an ihren Auffassungen fest. Dasselbe gilt für die Wiederherstellung und Vergütung für Verluste der Handelsflotte durch den unbegrenzten U-Bootkrieg, sowie für die Schadenersatzung für die im Gebiet der Alliierten angerichteten Verwüstungen.

Orlando triumphiert.

Der italienische Ministerpräsident Orlando erklärte einem Mitarbeiter des „Corriere della Sera“: Das Friedensangebot der Mittelmächte hat weiter keine Bedeutung als nur insofern, als es eine Folge des grandiosen Zusammenbruchs alles dessen ist, was dem stolzen Feinde als die Grundlage aller seiner Hoffnungen erschien. Es ist auch nicht mehr die Frage, ob er den Frieden in gutem Glauben sucht oder nicht, ob er ihn ehrlich mag oder nicht. Sicher ist, daß er gezwungen sein wird, ihn zu suchen. Es handelt sich für uns auch nicht um das Verlangen nach grausamer Vergeltung und um wilden Haß, sondern gleich und jeder Tag neue Beweise der feindlichen Ver-

Abzugspreise: Die hohen... (text is small and partially illegible)

für...
eibe...
the und zur...
ffentlicher...
gern bereit...
zu ermöge...
Wertgattung...
teilweise in...
dres gegen...
Sparkasse...
mit 5% ver...
er gebe es in...
land. Pflicht...
Stadt.

en,
hmiede-

. Sa.

während...
glaube...
allzu...
selbst...
in sich...
und teil...
hoffe...
ein...
drei...
einges...
ndner...
ich ver...
eine...
nehmen

er. Er...
Zeit des...
dwang...
ja, a...
bild...
ndalös...
r aller...
bstver...
müß...
lassen,

ntliches